

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

17.7.1924 (No. 165)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur: C. M. u. d. Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14  
Telefon: Nr. 953 und 954  
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antiquarische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverbummung, Zwangsverkauf und Konkurrenzverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung übernommen.

### Amtlicher Teil

#### Zulassung zum Vorbereitungsdienst für Gerichtsvollzieher

Im Jahre 1925 wird in Baden wieder eine Gerichtsvollzieherprüfung abgehalten werden. Es wird deshalb eine beschränkte Anzahl von Anwärtern zum Vorbereitungsdienst zugelassen. Die Hälfte der Stellen ist den Versorgungsanwärtern vorbehalten. In Betracht kommen nur solche Bewerber, die einen guten Reumund haben, sich in geordneten Vermögensverhältnissen befinden und durch ein amtsärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie vollkommen gesund und körperlich rüstig sind. Die Gesuche um Zulassung zum Vorbereitungsdienst sind durch Vermittelung des Amtsgerichts des Wohnorts des Bewerbers oder durch seine vorgelegte Behörde bis spätestens 20. August 1924 beim Justizministerium einzureichen. Das Amtsgericht oder die vorgelegte Behörde hat sich über die Tauglichkeit des Bewerbers für den angestrebten Gerichtsvollzieherdienst zu äußern. Die Bewerber haben sich vor der Einberufung zum Vorbereitungsdienst nach näherer Anordnung des Justizministeriums erforderlichenfalls einer Vorprüfung zu unterziehen.

### Die Londoner Reparations-Konferenz

#### Der erste Tag

Am Mittwoch ist in London wie angekündigt die interalliierte Reparationskonferenz, die sich mit den Sachverständigenberichten beschäftigt, zusammengetreten. Über das Ergebnis des ersten Tages berichtet zusammenfassend eine Londoner Drahtung der „Frankf. Ztg.“: Das Ergebnis des Tages ist, außer der Bestätigung Macdonalds zum Vorsitzenden, daß das englisch-französische Protokoll als Grundlage für die praktische Arbeit der Konferenz angenommen wurde, die sich zu diesem Zweck in drei Ausschüsse organisierte. Der erste, in dem Snowden englischer Sprecher ist, entscheidet über das Schicksal der Konferenz, nämlich die Frage, welche Instanz über eine eventuelle Nichterfüllung entscheiden soll sowie die ebenso vitale Frage etwaiger Sanktionen bei Nichterfüllung. Hier klaffen die verbliebenen englisch-französischen Differenzen an tiefsten und es muß sich zeigen, wie weit Herriot durch die innere Lage an Poincarés Standpunkt gefesselt ist. Die zweite Kommission wird mit der Frage der Einsetzung eines besonderen Ausschusses beauftragt, zwecks Beratung der alliierten Regierungen bezüglich der Überweisung der Sanktionen u. a. m. Der dritte Ausschuss soll den Plan für die ökonomische und finanzielle Klärung ausarbeiten.

Als Meinung mehrerer Hauptdelegierter kann festgesetzt werden, daß die erste Sitzung auf die Teilnehmer den Eindruck allerseitigen guten Willens hervorrief, doch scheinen selbst intensive Konferenztage keine präzisere Vorstellung zu haben, wie die enormen Schwierigkeiten zu überwinden sind. Besonders wird in manchen Alliiertenkreisen vermehrt, daß weder von englischer noch besonders von französischer Seite ein fester Plan vorliegt, der für die Gegenseite annehmbar wäre.

Der englische Standpunkt wurde von Macdonald in seiner Eröffnungsrede klar, aber nur in allgemeiner Richtung formuliert, indem er außer der Annahme des unveränderten Dawesplanes die Schaffung von Bedingungen forderete, die die Durchführung des Planes ermöglichen, nämlich die Herstellung der ökonomischen und fiskalischen Einheit Deutschlands und eine angemessene Sicherheit der Anleihegeber, und indem er die Hoffnung aussprach, daß die Konferenz im gleichen Geiste entscheide, wie die Daweskommission nämlich „business“ und nicht „politics“. Herriot ging nicht darauf ein, dagegen deutete der Amerikaner Kellogg an, daß Macdonald auch die amerikanischen Gedanken ausgedrückt habe. Daraus ist jedoch nicht zu schließen, daß der Amerikaner bei der Ausfertigung politischen Kampfes um die Stellung der Reparationskommission und der Sanktionspolitik, die hinter den Kulissen über das Schicksal der Konferenz entscheidet, mit der Energie eingreifen wird, wie vielfach erwartet wird. Vielmehr dürften die Amerikaner der englischen Regierung zu versprechen gegeben haben, daß es Sache der Europäer sei, dafür zu sorgen, daß die Sanktionspolitik aufhört. Dies scheint die Politik der Richtung Poincarés mit neuen Hoffnungen zu erfüllen. Sie betonen überdies mit einiger Ironie darauf, daß Herriot vor seiner Abreise Herrn Doegh erklärt habe, seine schwache Position gestatte ihm keine festen Zusicherungen.

Für heute ist keine Vollsitzung anberaumt. Es werden lediglich die drei Ausschüsse tagen. Im Ausschuss für die Ausarbeitung des Plans der ökonomischen und finanziellen Klärung ist der bekannte Bankier Kinderley englischer Hauptleiter.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, die Zahl der Vollsitzungen der

interalliierten Konferenz werde ziemlich beschränkt sein. Private Besprechungen zwischen den Häuptern der Delegationen über die politischen Fragen und die Ausschubarbeiten über die technischen Fragen wurden wahrscheinlich den größten Teil der Zeit in Anspruch nehmen. Was die Dauer der Konferenz betrefte, werde dies notwendigerweise nicht nur davon abhängen, wie bald ein interalliiertes Abkommen erreicht werde, sondern auch davon, ob Deutschland eingeladen werde, die Durchführung des Dawesplanes jezt oder auf einer späteren Konferenz mitzuerörtern.

#### Aus der Eröffnungsrede Macdonalds

Nach einem amtlichen Communiqué, das den Wortlaut der Rede Macdonalds enthält, sagte der englische Premierminister u. a.: Die Nachkriegsprobleme sind zahlreich und verwickelt gewesen. Es lag in der Natur der Dinge, daß wir nicht immer gleicher Meinung sein konnten. Nichts hat uns mehr beschäftigt, als die wirtschaftlichen Probleme, die aus dem Krieg entstanden sind und unter diesen sind die Reparationen eins der schwierigsten Probleme gewesen. Der im April dieses Jahres fertiggestellte Sachverständigenbericht legt uns allen die gebieterische Pflicht auf, ihn unverzüglich zur Durchführung zu bringen. Wir haben bisher eine Politik verfolgt, die nicht nur nicht die erwarteten Reparationen uns brachte, sondern auch zu einer Unstimmigkeit der Gemüter bei den in Betracht kommenden Völkern geführt hat. Die Nationen haben nicht eine Hoffnung vom Anbruch eines Friedestages erblüht, sondern eine graue Wolke neuer Gefahren geschaffen. Der Sachverständigenbericht ist vielleicht in einigen seiner Vorschläge anfechtbar, aber wir sind von den Sachverständigen gewarnt worden, daß er als ein Ganzes genommen werden muß. Wir dürfen nicht versuchen, seine Einzelheiten abzuändern, sonst fallen wir wieder in Meinungsverschiedenheiten, in denen wir uns schon so oft befunden haben. Der Bericht fordert nicht nur Verpflichtungen von Deutschland, sondern auch von uns. Der Dawesauschuss hat einen sehr scharfen Unterschied zwischen den wirtschaftlichen und politischen Erwägungen gezogen. Die verhängnisvoll gewordene Gemohnheit, eine Frage mit einer anderen zu verbinden, ist zum großen Teil verantwortlich gewesen für den Mißerfolg der Vergangenheit.

Nach einer Aufzählung der Ziele, wie sie in der Einführung des Dawesberichtes selbst gegeben sind, fuhr der Premierminister fort: Der Dawesplan ist nicht nur ein Plan, um Zahlungen von Deutschland zu erhalten, er versucht, die Stabilisierung der deutschen Währung und die Balanzierung des deutschen Budgets sicher zu stellen. Er bietet tatsächlich die einzige Hoffnung für Deutschland, aus dem finanziellen Sumpf herauszukommen. Wenn unsere besten Absichten erfüllt werden sollen, so müssen wir einig sein. Ohne Einigkeit keine Sicherheit, ohne Sicherheit keinen Frieden. Einigkeit kann jedoch nur durch Vereinbarungen erzielt werden, die die einseitige und moralische Zustimmung unserer Nationen finden. Wir werden Amerika bitten, nicht als Regierung, sondern als Volk mit zahlreichem Hilfsvermögen, Teil an den finanziellen Plänen zu nehmen, die zur Durchführung gebracht werden müssen, wenn ein baldiger Wiederaufbau Europas stattfinden soll. Zwei der festgesetzten Bedingungen seien absolut wesentlich: die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands und eine angemessene Sicherheit für die Kapitalgeber. Der Dawesbericht werde die Lösung des Reparationsproblems und den Wiederaufbau Europas noch nicht endgültig regeln, es sei vielmehr notwendig, ihn zuerst in Anwendung zu bringen und den Weg frei zu machen, um dann andere Probleme in Angriff zu nehmen. Er wiederhole, daß die Konferenz sich ausschließlich mit dem Sachverständigenbericht und nicht mit dem Sicherheitsproblem, oder der Frage der interalliierten Schulden zu befassen habe.

Nach Macdonald sprach Herriot, der dem englischen Premierminister für seine edlen Worte dankte und erklärte, die Konferenz habe eine schwierige Aufgabe vor sich. Es sei notwendig, die Interessen der verschiedenen beteiligten Völker zu vereinigen und Schritte zu unternehmen, die für die Wiederherstellung des Friedens notwendig seien, denn alle hegten die gleiche Liebe für ihr Vaterland und den Frieden. Er kam hierauf in seiner kurzen Rede auf die eigentliche Aufgabe der Konferenz zu sprechen und schlug vor, Macdonald den Vorsitz der Konferenz zu übertragen.

Der amerikanische Botschafter Kellogg, der Macdonald für die an ihn gerichtete Begrüßung dankte, sagte, die amerikanischen Delegierten seien nicht in derselben Eigenschaft und mit denselben Befugnissen wie die anderen Konferenzstaaten anwesend, denn Amerika sei nicht Teilhaber an dem Versaillesvertrag. Die amerikanischen Delegierten seien jedoch in demselben Geiste der Hilfsbereitschaft gekommen. Kellogg sprach dem Dawesauschuss seine warmste Anerkennung aus. Die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk glaubten, daß die Annahme des Dawesberichtes der erste große Schritt zur Stabilisierung Europas sein werde.

De Stefani, der hierauf das Wort ergriff, unterstützte ebenfalls den Vorschlag Herriot's, Macdonald den Vorsitz der Konferenz zu übertragen, und betonte, daß Italien am Werke des Wiederaufbaues Europas mitarbeiten werde. Nach Ansprachen des italienischen und japanischen Delegierten, sowie von Theunis erklärte Macdonald zum Schluß, er werde sein Bestes tun, der Konferenz vorzutreten, die historisch sein werde, und, wie er hoffe, mehr als das, nämlich ein großes Beispiel, wie Männer im heutigen Staat, wenn sie auch in gewissem Maße durch ihre Interessen getrennt sind, der Welt und ihren eigenen Ländern, indem sie ihren guten Willen an die erste Stelle setzen, beweisen, daß sie Boten des Friedens sein können, ohne irgend welche direkten Interessen der Nationen, denen sie angehören, zu opfern.

#### Die Ansichten der Konferenz

W.B. London, 17. Juli. Die Presse äußert sich über die Ansichten der gestern eröffneten Konferenz zurückhaltend und weist in der Hauptsache auf die katastrophalen Folgen hin, die ein Scheitern der Konferenz nach sich ziehen würde. In einem Telegramm aus Paris wird der pessimistische Ton eines großen Teiles der Pariser Presse hervorgehoben.

Die „Times“ schreibt, es sei nicht glaubhaft, daß irgend ein Delegierter einen Fehlschlag der Konferenz wünsche. Es beständen gewisse Gründe für eine zuverlässige Auffassung. Der hauptsächlichste sei, daß jedes Mitglied der Konferenz klar die verhängnisvollen Folgen eines Fehlschlages voraussehe. Es sei zwecklos, die Tatsache zu verheimlichen, daß die Hauptschwierigkeit in der wichtigen Meinungsverschiedenheit zwischen den für die Einberufung verantwortlichen Mächten liege. Herriot müsse einem mächtigen Teil der französischen öffentlichen Meinung, der keine Sympathie für seine persönlichen Ansichten trage, sehr stark Rechnung tragen. Auch sei er durch die Abstimmung des Senats, der ihn unterstütze, gebunden.

„Daily Herald“ betont, vielleicht herrsche auf mancher Seite das Bestreben, zu vergessen, daß auch die Zustimmung der deutschen Regierung und des Reichstages nötig sei, und daß diese Zustimmung aus freien Stücken erfolgen müsse. Die Entscheidung, ob die Deutschen zur Beratung eingeladen werden sollten oder nicht, werde ein Prüfstein sein, an dem man die Psychologie der Konferenz erkennen könne.

#### Amerikas Sitz in der Reparationskommission

W.B. Paris, 17. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in London meldet: In der ersten Kommission habe gestern Nachmittag das amerikanische Mitglied eine wichtige Erklärung abgegeben. Er habe mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung keinen Einspruch dagegen erheben würde, daß in der Reparationskommission ein amerikanischer Staatsbürger Sitz und Stimme hätte für den Fall, daß die Kommission eine etwaige schwere Verfehlung Deutschlands festzustellen hätte. Die Möglichkeit der amer. Beteiligung hänge jetzt also fest. Es frage sich nur, wer den amerikanischen Staatsbürger ernennen solle. Es seien zwei verschiedene Auffassungen zum Ausdruck gekommen: Nach der einen hätte die Reparationskommission selbst unmittelbar den Vertreter der Vereinigten Staaten zu ernennen. Der anderen zufolge wäre diese Ernennung dem Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofes im Haag zu übertragen. Nach gründlicher Auseinandersetzung habe sich der letztere Standpunkt durchgesetzt.

#### Die Aufgaben der Konferenz

W.B. London, 17. Juli. Die „Times“ schreibt über die Hauptaufgaben der drei Ausschüsse der Konferenz:

Der erste Ausschuss habe sich mit dem schwierigen Problem eines deutschen Bausatzes zu befassen und zu beschließen, welche Körpererschaft darüber zu entscheiden haben werde, ob Deutschland gegenüber dem Dawesplan in Verzug geraten und welche Maßnahmen gegebenenfalls zu treffen sein würden. Frankreich sei dafür, daß die Reparationskommission Entscheidungsinstanz bleiben solle. Aber die Frage sei, ob von den amerikanischen und den anderen Beistützern zu der Anteil, die für Deutschland aufgebracht werden solle, für befriedigend angesehen werden würde.

Der zweite Ausschuss werde den besten Weg ausfindig zu machen haben, um die deutsche wirtschaftliche und fiskalische Einheit, wie sie vom Dawesplan gefordert werde, wieder herzustellen.

Der dritte Ausschuss werde sich mit den Methoden der Abtragung deutscher Zahlungen auf die Gläubigerländer befassen.

Im übrigen habe eine kurze, aber heftige Erörterung über die Zusammenfassung der verschiedenen Ausschüsse stattgefunden. Titulescu habe namens der kleinen Staaten dagegen protestiert, daß ihre vorgeklagten Vertretungen als ungenügend bezeichnet worden seien. Er erhielt jedoch von Macdonald beruhigende Versicherungen.

### Politische Neuigkeiten

#### Die nächste Sitzung des Reichstags

Ist nunmehr auf Dienstag, den 22. Juli, nachmittags 3 Uhr bezuzen worden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Gegenstände:

Bericht des Geschäftsausschusses wegen Genehmigung zur Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Thälmann; Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den vom Ausschuss angenommenen Antrag, eine Änderung des § 28 der Geschäftsordnung in Erwägung zu ziehen. Der Antrag ist dadurch veranlaßt, daß die kommunistische Fraktion sich nicht zur Verschwiegenheit über Ausschussverhandlungen verpflichtet hat. Gehehentlich über Ausschussverhandlungen Regelung des Haushalts für 1924 (Notetat), über Verteilung des Gewinnes der Reichsbank für das Jahr 1923 u. a. Der Reichstagspräsident hat sich vorbehalten, auch noch weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Dienstag, den 22. Juli, vormittags, zu einer Besprechung der auswärtigen Lage einberufen worden.

Reichstagspräsident Wallraf hat den Mätkern zufolge den kommunistischen Reichstagsfraktion die Abschrift eines Schreibens zugehen lassen, das er an den Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof gerichtet hatte. In dem Schreiben heißt es: Da nach Ihren Darlegungen, die Tatsachen und Pläne der deutschen Tscheka im engsten Zusammenhang mit einem vorbereiteten Hochverrat stehen, erteile ich Ihnen hierdurch ge-

Mit einer Beilage: Ziehungs-Liste vom Kohlenmarkt Knielingen

nach Artikel 26, Absatz 2 der Reichsverfassung auch zur Beschlagnahme der auf das Verbrechen des Hochverrats bezüglichen Schriftstücke oder Gegenstände meine Zustimmung. Anlaß zu diesem Schreiben des Reichspräsidenten hat eine Beschwerde der Kommunisten beim Staatsgerichtshof gegen die Beschlagnahme von Schriftstücken in den kommunistischen Fraktionszimmern gegeben, die sich nicht nur auf die deutschen Tische, sondern auch auf die Vorbereitung eines Hochverrats bezogen.

### Die drei Dawesgesetzentwürfe

Wie die Berliner Blätter hören, hat nunmehr auch das Organisationskomitee für die Industriebankrottationen seine Beratungen abgeschlossen, so daß jetzt alle drei Gesetzentwürfe zur Durchführung des Dawesberichts fertiggestellt sind und der Reparationskommission unterbreitet werden können. Nachdem die Entwürfe die Kommission passiert haben, werden sie im Reichstag eingebracht. Die parlamentarische Behandlung wird man sich dann so zu denken haben, daß die drei Gesetzentwürfe im Reichstag beraten und zunächst mit dem in jedem einzelnen Entwurf enthaltenen Schlußsatz angenommen werden, daß das Inkrafttreten der Entwürfe durch ein besonderes Gesetz verfügt werden wird. Erst wenn die Annahme des Dawesgutachtens auf Grund der Londoner Besprechungen als gesichert angesehen werden kann, wird der Reichstag gegebenenfalls dieses Mantel- oder Ausführungs-gesetz seine Zustimmung zu erteilen haben.

### Herabsetzung der Verzugszuschläge

Der Reichsminister der Finanzen erließ am 16. ds. Mts. eine Verordnung über Verzugszuschläge. Durch die Verordnung werden Verzugszuschläge, die bei nicht rechtzeitiger Zahlung von Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer und Obligationsteuer erhoben werden, mit Wirkung vom 20. ds. Mts. ab herabgesetzt. In der zweiten Steuernotverordnung war bereits dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung erteilt worden, den Satz der Verzugszuschläge (5 Mark für jeden angefangenen halben Monat vom Hundert des rückständigen Steuerbetrags) zu ändern. Künftig soll der Zuschlag für jeden angefangenen halben Monat zwei vom Hundert des Rückstandes betragen. Fernerhin gilt auch die Bestimmung, daß Verzugszuschläge nicht erhoben werden, wenn innerhalb der auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden Woche bezahlt wird (sogen. Schonfrist). Diese Schonfrist gilt jedoch nicht für die Abführung der Lohnsteuerbeträge durch die Arbeitgeber.

### Im Münchener Kommunistenprozess

Im dem sich 62 Kommunisten zu verantworten hatten, wurde am Dienstag das Urteil verkündet. Wegen eines Verbrechens gegen die Verordnung des ehemaligen Generalstaatskommissars von Kahr vom 11. November 1923 erhielten die Hauptangeklagten, Landtagsabgeordneter Götz und der Bezirkssekretär Kreidemeyer sechs Monate, Dr. Frank, der Berliner Kurier der K. P. D. in Zusammenhang mit einer anderen Strafsache sieben Monate Gefängnis, die Angeklagten Thunig fünf, Ganz zwei, der Landtagsabgeordnete Büchse und der Funktionär Sellmayer je einen Monat Gefängnis. Die übrigen wurden zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bezw. fünf Tagen verurteilt, sieben, darunter der Stadtrat Thierauf, freigesprochen. Bewährungsstrafen, die bei verschiedenen Verurteilten liefen, wurden aufgehoben.

In der Begründung stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß die Verordnung vom 20. November 1923, die den bayerischen Ausnahmezustand einführt, Reichsrecht sei und an Recht bestehe. Das Verbot der K. P. D. durch den ehemaligen Generalstaatskommissar v. Kahr könne als Ausnahmeverordnung nicht wegen Formfehler als rechtsungültig bezeichnet werden. Die politischen Überzeugungen seien zwar nicht mit Strafurteilen und Verordnungen wirksam zu bekämpfen. Den Bestrebungen auf gewalttätigen Umsturz, wie ihn die K. P. D. betreibt, müsse aber entgegengetreten werden.

### Eine Taktlosigkeit des französischen Botschafters in London

W.D. Paris, 17. Juli. Der „New York Herald“ veröffentlicht den Text der Rede, die der französische Botschafter in London, Graf St. Aulaire, am Tage der französischen Nationalfeier gehalten hat. Wie immer wandte sich dieser Diplomat gegen Deutschland. So hat er nach dem „Matin“ das Maß des Erlaubten dadurch überschritten, daß er erklärt hat: „Wir haben jüngst gesehen, daß die Vereinigten Staaten Maßnahmen gegen die Japaner angewendet haben, die Frankreich zögern würde, ständig selbst gegen die deutschen Eindringlinge anzuwenden.“

Der „Matin“ erklärt: „Es ist zu wünschen, daß die französische Regierung von dem Botschafter Aufklärung über seine unzeitige Rede fordert, denn er hat sich in ungehöriger Weise in die Politik eines befreundeten Landes eingemischt und eine Frage behandelt, die ihn nichts angeht.“

### Kurze Nachrichten

Zu der Entlassung Toller aus der Festungshaft in Niederhohenemsfeld melden die Berliner Blätter, daß Toller aus Bayern ausgewiesen und über die bayerische Grenze abgeschoben worden ist. Er will seinen dauernden Aufenthalt in Berlin nehmen.

Zur Jahrhundertfeier des eidgenössischen Schützenfestes in Bern stiftete der deutsche Reichspräsident einen Ehrenpreis, den der deutsche Gesandte Dr. Adolf Müller am Montag dem Bundespräsidenten überreichte. Der Ehrenpreis besteht aus einem Bronceguß und ist dem im Palais von Sansouci sich befindenden Vogenschießen nachgebildet.

Der norwegische Odelthing hat die Regierungsvorlage betreffend die Aufhebung des Alkoholverbotes mit 63 Stimmen der Linken und der Arbeiterpartei gegen 49 Stimmen abgelehnt. Vor der Tagung des Odelthings ist mit einer Regierungskrise nicht zu rechnen. Auch im Odelthing ist die Ablehnung der Regierungsvorlage sicher.

Rabinettsbildung in Polen. An Stelle des polnischen Kultusministers Mikolajewski, der auch von den Rinderheiten stark angegriffen wurde, tritt, wie aus Warschau gemeldet wird, Stanislaus Grabski. Er gehört der Rechten an, so daß eine Änderung der Schulpolitik zu Gunsten der Rinderheiten nicht zu erwarten ist. An Stelle des Außenministers Janowski tritt der Führer der Linken Thugutt, der als Preis für die Zuerkennung der Ermächtigung für den Finanzminister den Rücktritt der erwähnten Minister verlangt hatte. Thugutt hat in der Praxis trotz schöner Grundfälle stets in den Rinderheitsfragen vor allem einen deutschgegerichten Standpunkt eingenommen.

Hochverratsanklage gegen deutsch-böhmische Abgeordnete. Nach einer Meldung aus Prag wurde gegen die Abgeordneten Kufsch und Rase wegen Teilnahme am Deutschen Tag in Salzburg Anklage auf Hochverrat erhoben. Beide Abgeordnete sind außerdem nach dem Gesetz zum Schutze der Republik wegen Hochverrat angeklagt.

Das heilige Jahr. Mit welcher Sorgfalt Rom für das heilige Jahr Toilette macht, um auf die vielen Fremden einen

guten Eindruck zu machen, geht daraus hervor, daß eine eigens städtische Kommission von Künstlern eingestellt wurde, die bestimmen soll, welche Häuser und Gebäude frisch angestrichen werden sollen und in welcher Farbentönung der Anstrich erfolgen soll.

Zu Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern ist es aus religiösen Gründen in Simla (Indien) gekommen.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Plenarsitzungen des Landtages

werden vom nächsten Montag, 21. ds. Mts. ab bis zum Schluß der diesjährigen Session abgehalten. Die Vorkonferenzen für die sämtlichen Ministerien, welche seit Wochen im Haushaltsausschuß beraten wurden, unterliegen nunmehr der Erörterung und Beschlußfassung im Plenum. Tagesordnung für nächsten Montag — die Sitzung ist auf 1/4 Uhr angesetzt — ist folgende:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann 1. Beantwortung kurzer Anfragen. 2. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über a) den Gesetzentwurf über die Änderung des Befoldungs-gesetzes (Druckf. Nr. 19), Berichterstatterin Abg. Nigek; b) den Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924 und 1925.

#### Der Voranschlag des Finanzministeriums

bot bei der Beratung im Haushaltsausschuß, wie wir bereits gestern festgestellt haben, des Beachtenswerten vielerlei. Der Vertreter des Landbundes entwickelte zu Beginn sein Sparprogramm, welche Positionen der Landbund im Staatsvoranschlag ablehne: Arbeitsminister, Presseabteilung, Bad. Gesundheitsamt in Berlin, Theaterzuschüsse, Bauundzuschüsse, Wohnungsbau. Er erklärte weiter, daß er zugeben müsse, daß es überaus schwierig sei, in diesem Etat Streichungsanträge zu stellen, die die Steuerhöhe irgendwie nennenswert beeinflussen werden.

Weiter beanstandete er die Gesamtsumme der Aufwendungen für die bad. Beamten und Staatsarbeiter und sagte: Dieser Beamtenstaat bringt das Volk um, das muß zu Katastrophe führen! Drei Fünftel der gesamten Ausgaben des Staates koste seine Verwaltung, das könne so nicht weiter gehen. Er schloß mit den Worten: Was zu machen, wie zu ändern sei, wissen wir nicht. Das sei Sache der Regierung, ihre, des Finanzministers Aufgabe und nicht unsere!

Diesen Ausführungen gegenüber vertat das Zentrum den Standpunkt, sachliche und praktische Arbeit zu leisten. Der Finanzminister äußerte sich dahin, daß er in allen diesen Punkten keine wesentliche Einsparung wahrnehme und daß er daran erinnern müsse, daß der Landbund beantragt habe, die Stelle eines Ministerialrats in Berlin in eine Direktorstelle zu verwandeln.

Im Verlauf der sachlichen Weiterberatung wurde die Kürzung des Gemeinbeitrags am Steueranfallommen erwogen, analog dem Vorgang in Preußen, aber mit Rücksicht auf die Gemeinden fallen gelassen.

Bei dem Hochbauwesen wurde von sozialdemokratischer Seite auf die Grundfrage der Arbeitsvergebung hingewiesen: Beste Arbeit, bestes Material, tarifmäßige Bezahlung der Löhne.

Beim außerordentlichen Etat stellte der Landbund noch den Antrag, die Position für „Wohnungswohlfahrt“ (Professorenhaus) in Freiburg mit 146 000 Mk. zu streichen, mußte sich aber belehren lassen, daß dieser Antrag überhaupt unzulässig und viel zu spät komme, da dieser Betrag bereits im Plenum des Landtags bewilligt worden ist, bei der Vorberatung der Titel haultische Aufwendungen. Die nachträgliche Zulassung dieses Streichungsantrages wurde mit allen gegen 1 Stimme bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Bei dem Titel Domänen und Forsten wurde auf die ungesunden Verhältnisse bei Holzversteigerungen hingewiesen, bei der der Staat selbst, durch Steigerung des Bedarfs seiner eigenen Verwaltungszweige, preistreibend aufgetreten sei. Der Staatsbedarf müsse durch Zurechnung, ohne Steigerung, gedeckt werden.

Die Verhältnisse und Entlohnung der Waldbewerter wurden ebenfalls besprochen. Alseits wurde das entgegenkommende Verhalten begrüßt und die sozialen Belange einschließlich der Forderung, ihre leiblichen geringen Vergünstigungen aufrecht zu erhalten, vertreten.

Einen breiten Raum nahm, wie seit Jahren üblich, die Laubstreu-Debatte ein. Hier steht im Gegensatz das fortschrittliche Waldinteresse gegen das Interesse der Landwirtschaft auf reichliche und billige Lieferung von Streu. Unter offener Auseinandersetzung, namentlich gegen die einseitigen Forderungen des Landbundes, nahm der Ausschuß doch die mittlere Linie ein, einen gerechten Ausgleich suchend, den beiden Interessen, dem Wald wie der Landwirtschaft Rechnung zu tragen.

Bei der Abstimmung wurde der Landbündantrag, unterstützt von einzelnen Zentrumsrednern, auf völlige Beseitigung aller Verordnungen, mit 13 zu 3 Stimmen abgelehnt; ein Zentrumsantrag mit Änderung des Wortes Laubstreu auf Streu (nach sozialdemokratischer Forderung), der Milderung der Handhabung der Verordnung vorzieht, und allen gerechten und billigen Anforderungen Rechnung trägt, wird einstimmig angenommen.

Auch die Wälder bei den Grasversteigerungen wurden angeführt, insbesondere aber auch auf das unnütze Verhalten der Steigerungsliebhaber selbst verwiesen, die durch Preissteigern sich das Heu oft so verteuern, daß es auf den Wiesen, ohne Arbeit, viel teurer zu stehen kommt, wie im geschäftlichen Verkehr, völlig vergessen, daß auch der Tag des Jahrs kommt und keine Inflation ihnen die Schuld abnimmt. Besserung sei nur durch die eigene Einsicht der beteiligten Kreise zu erwarten.

Bei Titel VII: Domänen und Forsten hatte der neue Landesforstmeister Gelegenheit, sich über ein Vorkommen zu rechtfertigen, das sich in seinem Dienstzimmer zwischen ihm und einem Vertreter berufständischer Interessen abgespielt hatte. Es mag für einen gewissenhaften Sta.-Beamten nicht leicht sein, nach der etwas lag gewordenen allgemeinen Auffassung über die Abgrenzung persönlicher Interessen gegenüber den allgemeinen Staatsinteressen die ruhige Verteidigung allseitig zu erzielen. Der Landesforstmeister konnte dann dem Ausschuß in wissenschaftlichen und interessanten Ausführungen seine Stellungnahme zu der Frage des Laubstreuens darlegen. Die endgültige Beratung über die betr. Anträge wurde ausgesetzt.

Mit großem Erstaunen und Entrüstung wurde auch die Mitteilung der Regierung aufgenommen, daß der Abba von Rundholz aus staatlichen und privaten Forsten in Baden zur Zeit völlig stocke, weil abgesehen von den Schwierigkeiten der Beschaffung und Kreditbeschaffung in der Holzindustrie, große deutsche, auch badische Firmen sich im besetzten Gebiet der Polz und im Rheinland an den Holzverläufen der französischen Behörden beteiligten und sich so mißgünstig machten an der Ausplünderung

der Forsten im besetzten Gebiet, lediglich aus reinen Gewinnsucht! Dieses Vorgehen wurde allseits aufs Schärfste verurteilt.

Eine kurze Debatte über die Zuständigkeit bei Erneuerungen, bezw. baulichen Ausbesserungen am Landtagsgebäude endete mit dem Beschluß, das Landtagsgebäude aus dem Finanzministerium in den Haushaltsplan des Landtags herüberzunehmen.

### Von der Koalition in Baden

Unter dieser Überschrift schreibt der „Badische Beobachter“ vom Dienstag u. a. folgendes:

„Der Herr Abg. Habermehl war in Berlin. Das haben wir bereits berichtet; wir übersehen aber, mitzuteilen, wie er die Zukunft durch das Berliner politische Scherenschnittwerk sah. Das Bild stellt sich nach dem Bericht des Pforzheimer Anzeigers Nr. 156 vom 7. Juli über die Habermehlsrede also dar: „Nachdem unsere Nachbarparteien sahen“, so sprach der Redner, „daß sie ohne uns und unsere Köpfe nicht auskommen, wird bald die Stunde kommen, wo man uns braucht — bereit sein, heißt alles.“ Wenn wir nicht irren, gab es eine Zeit, zu der die Partei und die Kreise „mit den Köpfen“ im Reich am Ruder waren. Das Resultat kann nicht dazu verleiten, zum zweiten Mal es mit ihnen zu probieren, ohne große Vorkehrungen anzuwenden.“

Was man darüber gegenwärtig in der reichen Memorienliteratur zu lesen bekommt wirkt sich in der gleichen Richtung aus. Auch die Erinnerung an die Aca Cuno ist nicht geeignet, den damaligen stillen Einfluß in irgend einer Form ungenutzt wiederkehren zu lassen. Schließlich kann die Kandidatur Tirpitz für den Reichstanzlerposten wirklich nicht dazu einladen, unbezweifelnd sich mit der Firma von den „Köpfen“ ohne weiteres einzulassen, namentlich seitdem man das Urteil des Herrn von Ribbentrop über Tirpitz und sein Verhältnis zur Wahrheit kennt. Wir bedauern, daß wir hinter das Kurzauswort des Herrn Habermehl so viele Fragezeichen machen müssen. Allein die raube Wirklichkeit der Erfahrungen zwingt uns dazu.

Nun hatte der genannte deutschnationale Politiker noch die Güte und beschäftigte sich mit dem Zentrum und der Koalition in Baden. Er stellte auf das nachdrücklichste fest, „daß ohne Zentrum in Baden sei der Revolution nichts geschehen könnte und nichts geschehen ist“. Im Stuttgarter Neuen Tagblatt vom 10. Juli Nr. 293 spricht sich zu diesem Thema „der Karlsruhe-Beobachter“ also aus: „Man kann ihr (Koalition in Baden) das Zeugnis nicht verweigern, daß sie während der Revolutionswirren in gutem Einvernehmen mit Erfolg bestrebt war, in das politische und wirtschaftliche Chaos Ordnung zu bringen.“ Des Weiteren wird anerkannt, daß von der gegenwärtigen Koalition „der Staatsterror wieder einigermaßen aus dem dicken Morast herausgezogen“ wurde. Man merkt es dem Korrespondenten an, wie schwer es ihm fiel, dieses Zeugniss sich abzurufen und so der geschichtlichen Wahrheit Zeugnis zu geben; um so wertvoller erscheint es uns. Dieser „Erfolg“ wurde von der Koalition erzielt in einer Zeit, in der die Partei mit den „Köpfen“ sich noch nicht „auf's bereit sein“ einstellte, sondern schon mehr auf die persönliche Sicherheit Wert legte. Wenn deshalb Herr Habermehl von den Leistungen aus dieser Periode seinen Zuhörern nichts sagte, so wird er wohl Verständnis dafür haben, wenn wir das obige Zeugnis hervorheben und der Öffentlichkeit in Baden vorlegen. Das Zentrum trug in dieser Zeit seinen vollen Teil an der Verantwortung, nimmt darum auch einen gleichen an Verdienst, für sich in Anspruch; aber nur diesen Teil, der seiner Stärke entspricht.“

Nun erhob Herr Habermehl seinen Drohsinger und gab dem Zentrum folgende Mahnung:

„Möge das badische Zentrum der Verantwortung, die es somit trägt, bewußt sein.“

Um diese Mahnung zu verstärken, verwies er noch auf die Nachbarn, indem er sagte: „In Württemberg, wo das Zentrum etwas anders eingestellt ist als bei uns, habe man endgültig Schluß gemacht mit der unnatürlichen Koalition mit der atheisstischen Sozialdemokratie.“

Wir haben Verständnis dafür, daß das Beispiel im Schwabenland die Sehnsucht der Partei mit „den Köpfen“ dazu reizt, auch bei uns in den Sattel zu kommen. Es wäre doch prächtig, wenn neben Herrn Bogalle der Herr Oberbürgermeister D. Mayer noch im Sattel säße und Baden in Berlin repräsentiert! Wenn das Zentrum dazu noch den Heißhügel hielte, wäre das ja gar nicht übel; allein „das badische Zentrum ist etwas anders eingestellt!“ Gewiß! Wenn dem so ist, so hat es seine guten Gründe, auch wenn es nicht an die „staatsmännische“ Rede vom Kaiserstag 1907 und ihr Nachspiel im Landtag denkt. Die Frage der Ehescheidung und die Haltung führender Herren aus der deutschnationalen Fraktion dazu ist ebensowenig vergessen wie die Verhängung derselben. Derlei Erfahrungen reizen schon etwas zum Vergleich mit der Politik der „atheisstischen Sozialdemokratie“. Auch die Berichte aus dem Haushaltsausschuß in den letzten Tagen lassen klar erkennen, daß auch die Herren um Herrn Habermehl keine Bedenken tragen, mit der „atheisstischen Sozialdemokratie“ gegenläufig Politik zu machen! Das weiß man bei uns im Lande und darum ist man sich auch klar, was man von dem frommen Augenaufschlag und dem Strohseufzer der Deutschnationalen zu halten hat!

Der Zweck an der Rede ist die Sprengung der gegenwärtigen Koalition und die Hoffnung „einer bürgerlichen“ und diese hat wieder den Zweck, das Bedürfnis, wie ebendies eine Rolle zu spielen, so gut als möglich zu befriedigen. Am das Ziel zu erreichen, sucht man mit allen Mitteln das Zentrum abzusprengen. Der eine weiß zu erzählen, daß der rechte Flügel im Zentrum an Einfluß bereits gewonnen hat, der andere stellt fest, die Sozialdemokratie habe das Zentrum geängert. Man wisse aber nichts genaues, „daß das Zentrum ja von jeder Reiter in der Kunst sei, innerparteiliche Differenzen wenn nicht auszugleichen doch zu verhehlen“. So der Politiker in der „Süddeutschen“.

Der Korrespondent des Stuttgarter Neuen Tagblattes vom 10. Juli hat vollends den Vogel abgeschossen. Er fragt nämlich:

„Was es wirklich Zufall, daß in der letzten Woche der Erzabt von Beuron auf einem parlamentarischen Abend in Karlsruhe erschien. . . nachdem er erst vor kurzem dem ehemaligen Kaiser Wilhelm in Dorn einen Besuch abgestattet hat?“

Hinter den Kulissen sollen da allerlei Fäden für den Dreh nach Rechts gesponnen worden sein. Wir sind erlaunt über diese feine politische Spinnerei, die diese Fäden gewoven hat. Ja, der Herr Erzabt von Beuron war auf dem parlamentarischen Abend. Seine Mission ging offenbar dahin, in Baden die Monarchie wieder herzustellen u. das mit einem Hohenzollern; ja, Wilhelm II. sei bereit, nach mehrtägigen geistlichen Abungen im Kloster zu Beuron Großherzog, vielleicht König von Baden zu werden. Man kann über diese politische Hocherei nur schmerzen und allen. Darum haben wir es in Vorziehen dem getan. Das besonders auch um deswillen, weil die ganze Verhängungsgeschichte des Erzabtes ins Reich der Fabel zu verweisen ist.

Zu der viel erörterten Flügeltheorie in Bezug auf das Zentrum (siehe das Neue Stuttgarter Tagblatt in seinem wiederholt genannten Artikel).

Wer die Zentrumspartei in Baden und ihre energischen und weitblickenden Führer einigermaßen kennt, wird auf die Nebenart von „rechten“ und „linken“ Flügeln der Zentrumspartei in Baden nicht viel geben. Unseres Erachtens ist keine Partei innerlich so geschlossen wie die Zentrumspartei in Baden. Das hat sich ja wieder bei der Reichstagswahl gezeigt. Wir haben von dem aus politischen Spekulation erwachsenen Geschwätz von der Flügeltheorie nie etwas gehalten. Wer Zentrumspartei angehört, ist, macht Zentrumspartei, d. h. Politik nach den Grundgedanken der alten bewährten Zentrumspartei.

Wäre diese Tatsache erklärt aber auch in etwa, was das Stuttgarter Blatt weiterhin sagt. Es schreibt nämlich:

„Wohl aber steht außer Zweifel, daß die gesamte Zentrumspartei die politische Lage heute mit ganz anderen Augen ansieht, als vor sechs Jahren. Zu diesem unzweifelhaften Stimmungsumschwung haben die beiden anderen Koalitionsparteien, insbesondere die Sozialdemokraten, sehr viel beigetragen.“

Diese Sätze enthalten neben Richtigem denüßte Tendenz. Es ist gewiß nicht zu leugnen daß Vorgänge ähnlich wie sie die letzten Wochen unter der neutralen Diktatur Hofhinz brachten, nicht dazu angetan sind, die Koalitionsarbeit zu erleichtern. Einer linken Diktatur beugt sich das Zentrum nicht, beugt sich nicht gerade auch um der Schule und des Lehrerstandes willen! Diese Beurteilung der politischen Lage geschieht heute mit ganz den gleichen Augen wie anno 1919 und 1920. Nur sehen diese Augen, daß seit jenen Tagen sich manches im Bilde geändert hat; sie sehen aber auch, daß auf Seiten der zur Macht strebenden Opposition der Rechten auch manches zu verzeichnen ist, das ernster Beachtung und genauer Würdigung bedarf. Würde man hier konstatieren können, daß die Bereitwilligkeit und Stärke hinsichtlich der Last der Verantwortung dem Verlangen nach Einfluß zum Mindesten proportional wäre, dann könnte am Ende einmal der Herr Korrespondent des schwäbischen Blattes schon eher in etwa Recht bekommen.

Derlei Erwägungen werden offenbar auch im Lager der Opposition verhandelt; denn der Politikus der Süddeutschen Zeitung meint: „Beim Zentrum besteht offenbar die Meinung, bis zur Landtagswahl im Herbst nächsten Jahres zu warten, vorher aber schon alle Mienen zu legen, um sie im kommenden Augenblick springen zu lassen.“ Unseres Wissens besitzen die Zentrumskruppen bis jetzt keine Formation von Ministerlegern. Das Handwerk kennt man schon besser im Lager der Opposition; das ist auch ganz natürlich! Das Zentrum liebt vielmehr die aufbauenden Elemente, das praktische Bekenntnis zur Verantwortung.

Wir haben uns gefragt, warum mag der deutschnationale Politikus auf diese Idee verfallen sein. Die Antwort fanden wir in folgendem Satze: „Mit einer solchen Mine dürfte auch das sozialdemokratische Ministerium des Innern in die Luft fliegen.“ Es ist schade, daß der berechnende Staatsmann hier nicht noch weiter seine Gedanken offenbarte und etwa also weiterfuhr:

„Wir selbst spannen schon lange darauf, den Sitz des Herrn Ministers Remmele einzunehmen! Dabei macht allerdings nur das Sorge: Die Deutsche Volkspartei hat auch mit Sehnsucht wartende Kandidaten und was die Wästelbanten vom Land und wollen, steht auch noch nicht fest. Wenn dem Sitz des gegenwärtigen Innenmin. keine anderen Gefahren drohen, wie die Zentrumsmänner, so kann er ruhig schlafen. Nichts anderes zu tun wird dem deutschnationalen Oberstflügel nicht gelingen.“

Wenn heute die Landtagswahlen stattfinden, würde sich die Lage der Koalition nicht verschlechtern; das Gegenteil wäre schon eher anzunehmen. Wie die Dinge am Tage der Wahl selbst liegen, hat heute niemand voraussagen und darum auch niemand sagen, auf welchem Wege eine tragfähige Mehrheit am besten zu finden ist. Wir sagen: „eine tragfähige Mehrheit; denn auf die Fähigkeit und den Willen mit an der Verantwortung zu tragen kommt es an; das Verlangen nach Einfluß hat sich darnach einzuflechten.“ Die Sozialdemokratie wird in dem Stück den „Köpfen“ in der Opposition schon einige Konturen zeigen. Bei dieser Sachlage kann das Zentrum im Interesse des Vaterlandes nur ein Ziel verfolgen: selbstmöglichst stark in sich geschlossen und nach allen Seiten unabhängig aus den Wahlen hervorzugehen! Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Sozialdemokratie für sich auf dem gleichen Boden steht. Die bürgerliche Opposition strebt nach Ähnlichem; es ist nur die Frage, ob es ihr gelingt, die persönlichen Rechtsbehörden und kleinen Wahlen „auszuschließen“ oder so weit zu überwinden, daß der alte Liberalismus wieder seine Fahne als ein Zeichen der Sammlung zu entfalten vermag. Im Zentrum kann man der Entwicklung ruhig beobachtend zusehen.“

### Gedächtnisfeier am 3. August

In den ersten Tagen des August sind 10 Jahre seit Beginn des Weltkrieges verfloßen. Aus diesem Anlaß veranstaltet die badische Regierung, einer Anregung der Reichsregierung entsprechend, am Sonntag, den 3. August in der Karlsruher Festhalle eine Gedächtnisfeier, die der Erinnerung an die gefallenen Kriegsteilnehmer und alle die schweren Opfer des deutschen Volkes während der Kriegsjahre gewidmet sein soll. Näheres über die Feier wird noch bekannt gegeben werden.

### Vorsicht beim Wechselsteuermarkten-Ankauf

In der letzten Zeit ist an einigen Stellen ein ungesetzlicher Handel mit offenbar gefälschten oder fehlerhaften Wechselsteuermarkten zu 200 Goldmark beobachtet worden. Da für den Verkauf von Wechselsteuermarkten gesetzlich ausschließlich die Postanstalten zuständig sind, läuft das Publikum beim Ankauf von Wechselsteuermarkten aus Privatband Gefahr, in den Verdacht der Hehlerei zu geraten und strafrechtlich verfolgt zu werden. Es wird daher vor dem Ankauf von Wechselsteuermarkten aus Privatband dringend gewarnt.

### Konsularische Vertretung Ägyptens für Baden

Zum ägyptischen Vizekonsul in Hamburg ist Abd es Wahab Damood Effendi ernannt worden. Da zu seinem Amtsbezirk Baden gehört und ihm das Exequatur namens des Reiches erteilt worden ist, ist er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

### Die besetzten badischen Gebiete

Die Berliner „Zeit“, das Organ des Reichsaußenministers Stresemann, schreibt: Die Wälder veröffentlichen eine Meldung, wonach die Stadt und die Handelskammer in Mannheim ihrem Bedauern Ausdruck gaben, daß in offiziellen Regierungskundgebungen immer nur von der Räumung des Ruhrgebietes, dagegen nicht von der Räumung der widerrechtlich besetzten badischen Gebiete die Rede sei. Man habe diese Gebiete wohl vergessen. — Diese Beschwerde ist, so bemerkt

das Blatt, grundlos. In den Ausführungen des Reichsaußenministers zum Beispiel wurde diese Forderung immer so formuliert, daß die Räumung aller widerrechtlich besetzten Gebiete einer allgemeinen Regelung der Entschädigungsfrage folgen müsse. Damit ist selbstverständlich auch die Räumung des sogen. Badischen Sanktionsgebietes gemeint. Man kann in Mannheim vollkommen davon überzeugt sein, daß die Regierung die Rechte des widerrechtlich besetzten Gebietes ebenso wahr wird wie die des Ruhrgebietes und der sogen. Sanktionsstädte an Rhein und Ruhr.

### Zusammentritt der Landesökonomieräte Badens

Auf Einladung des Bad. Ministeriums des Innern fand am Dienstag in Augustenberg eine amtliche Zusammenkunft der Landesökonomieräte Badens statt. Die vom Ministerium des Innern aufgestellte Tagesordnung war außerordentlich reichhaltig und von großer Wichtigkeit für Landwirtschaft und Allgemeinheit. Als Vertreter des Ministeriums des Innern wohnten der Tagung zunächst die Oberregierungsräte Cronberger und Bittner bei; später erschien der Herr Minister des Innern persönlich. Die Tagesordnung befahete sich mit der durch die Aufhebung einzelner Bezirksamter notwendig gewordenen Neuerteilung der Dienstbezirke. Nach Erledigung dieser Angelegenheit berichtete der Direktor des Stat. Landesamtes, Oberregierungsrat Vogt, über die landw. Statistik im allgemeinen und insbesondere über die in den letzten Jahren durchgeführten Erhebungen über die landwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme in Baden. Die rege Ansprache dürfte über den Ausbau der Statistik und deren Genauigkeit für die Zukunft neue Wege gezeigt haben.

Der nächste Punkt der Tagesordnung brachte ein hochbedeutungsvolles Referat von Professor Dr. Wach, Direktor der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg, über unsere Forschungen auf dem Gebiete der Bodenprüfung und Bodenbehandlung und deren praktische Bedeutung für die Produktionsförderung der Landwirtschaft, das bei allen Teilnehmern volle Anerkennung fand. Hierauf behandelte Oberregierungsrat Cronberger die neue Vollzugsverordnung und Abänderung des Nebenausgesetzes, das den Weinbauern mancherlei Vergünstigungen gewährt. Dabei wurden die Hybridfrage, der Anbau einheimischer Getreiden, die praktischen Schlussfolgerungen aus beiden und die Zukunftsfragen des deutschen Weinbaues erörtert.

Weiterhin berichtete Landesökonomierat Schitterhelm eingehend und in bekannt humorvoller Weise über eine von der badischen Landwirtschaftskammer veranstaltete Studienreise nach Schweden sowie über die heute im Brennpunkt der Tagesordnung stehende Milchleistungsprüfung, deren sorgfältige und erfolgreiche Durchführung speziell Schweden nachgerühmt wird.

Der inzwischen erkrankte Minister des Innern ließ sich die einzelnen Herren vorstellen. Abschließend würdigte der Minister in längerer, sehr anstrengender Ausführungen die erprießliche Tätigkeit und die Bedeutung der Landesökonomieräte auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Fortschritts, auf dem Gebiete der beruflichen und staatsbürgerlichen Ausbildung der Landjugend und der Berufsberatung der praktischen Landwirte, woraus der Landwirtschaft und der Allgemeinheit großer Nutzen resultiert. Hochachtungsvoll wurden die Ausführungen des Ministers, als er in lauten und verständnisvollen Worten die heutige Lage der Landwirtschaft und deren jetzige Organisation in Baden behandelte.

Späterhin wurde dann noch zusammen mit Vertretern der badischen Landwirtschaftskammer die Betriebsberatung für die Landwirtschaft ausgiebig erörtert. Es wurden Wege und Mittel in Vorschlag gebracht, auf Grund deren sich die Wirtschaftsberatung der bäuerlichen Betriebe in Baden erfolgreich durchführen läßt.

Nach verbindlichen Dankesworten von Seiten der Versammlungsteilnehmer an den Minister und die Herren Referenten wurde die überaus anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

### Kommunale Rundschau

Die Mannheimer Indeziffer für den 16. Juli beträgt 1117,2 Milliarden. Da am 9. Juli die Indeziffer 1190,6 Milliarden betrug, ist vom 9. bis 16. Juli ein Rückgang um 6,1 Prozent eingetreten. Die Senkung ist in erster Linie auf den starken Rückgang des Preises für neue Kartofeln zurückzuführen; ferner ist bei den Gemüsen, Gas-, Strom- und Kohlenpreisen eine Ermäßigung eingeleitet. Andererseits haben sich die Preise für Fett und Käse erhöht.

Aufhebung der Fremdenwohnsteuer in Heidelberg. Der Bürgerausschuß in Heidelberg hat mit 42 gegen 41 Stimmen in namentlicher Abstimmung beschlossen, die Fremdenwohnsteuer entsprechend einem demokratischen Antrag zum 1. Aug. ds. Jg. aufzuheben. Ferner nahm er einen sozialdemokratischen Antrag an, der beim Stadtrat beantragt, den Gaspreis von 18 auf 16 Pfennig herabzusetzen.

Nach dem Vorschlag der Stadt Bühl für 1924/25 stehen Einnahmen in Höhe von 238 820 Mark Ausgaben in Höhe von 300 830 Mark gegenüber, so daß ein Fehlbetrag von Mark 62 010 zu decken ist. Dazu wird eine Erhöhung der Grund-, Gebäude- und Betriebsvermögensabgabe vorgeschlagen.

Der Bürgerausschuß in Überlingen genehmigte in seiner letzten Sitzung die vom Gemeinderat beantragte Aufnahme von 280 000 Mark als Anleihe. Es handelt sich dabei um ausländisches Geld, das hauptsächlich zur Bekämpfung der Verpflichtungen aus dem Stauwerksbau, ferner zur Wohnungsbauten und anderen Arbeiten verwendet werden soll.

Amtsniederlegung. Der Bürgermeister und der Gemeinderat von Herrried haben ihre Ämter niedergelegt, so daß eine neue Gemeinderatsregierung gewählt werden muß.

Bürgermeisterwahl in Lehengericht (Amt Wolfach). Bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent fand am Sonntag die Bürgermeisterwahl statt. Von den abgegebenen 306 Stimmen fielen 291 auf Wilhelm Bühler von Eulersbacherhof, der somit zum neuen Gemeindevorstand gewählt ist.

Der Fremdenverkehr in Freiburg. Im zweiten Vierteljahr 1924 haben in den Freiburger Hotels, Gasthäusern, Fremdenheimen und Herbergen 27 584 Fremde übernachtet, d. h. 1769 oder 6,8 Proz. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 8968 oder 41,1 Proz. mehr als im ersten Viertel des laufenden Jahres. Von den 27 584 polizeilich gemeldeten Fremden hatten 26 067 oder 94,5 Prozent ihren Wohnsitz in Deutschland und 1517 oder 5,5 Proz. waren Ausländer. Im zweiten Vierteljahr 1923 betrug der Anteil der Reichsdeutschen 87,7 Proz. und derjenige der Ausländer 12,3 Proz. Damit hat der Besuch Freiburgs durch Ausländer ganz erheblich nachgelassen. Die Zahl der Übernachtungen belief sich insgesamt auf 58 865. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sind die Übernachtungen um 9142 oder 13,4 Prozent zurückgegangen; gegen das erste Vierteljahr 1924 haben sie dagegen eine Zunahme um 14 265 oder 22 Prozent erfahren. Die Aufenthaltsteuer brachte der Stadtkasse den Betrag von 21 410 Mark ein gegen 15 738 Mark im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Karlsruher Herbstwoche 1924

Das Programm für den am 21. September d. J. inmitten der Karlsruher Herbstwoche geplanten alemannisch-pfälzisch-fränkischen Sonntag ist infolge geändert worden, als nun doch noch ein großer Festtag, wie er vor 2 Jahren bei derselben Gelegenheit mit außerordentlichem Gelingen stattfand, vorgesehen ist. Das Gesamtprogramm wird nunmehr aus folgenden Darbietungen bestehen:

Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, heimatisches Feiertagsspiel in der städtischen Festhalle, ausgeführt von Solokräften des badischen Landesbühnenvereins unter Mitwirkung hiesiger Vereine und des Orchesters des badischen Landestheater. Dabei Ansprache des Staatspräsidenten, des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Karlsruhe und eines Vertreters der Gäste.

Sonntag, den 21. September, vormittags Kirchgang, anschließend Führung durch die große landwirtschaftliche Ausstellung hier; 11½ Uhr Festzug durch die Straßen der Stadt (vorüber am ehemaligen Schloß). Ansprachen finden dabei nicht statt. Nachmittags 3 Uhr heimatische Volksbelustigungen in allen Teilen des Stadtparks. Abends Unterhaltungsabend in der städtischen Festhalle. Der Zug selbst wird in ähnlicher Weise wie vor 2 Jahren zusammengestellt und von denselben bewährten Kräften durchgeführt werden. Dazu kommen noch die Organisationen für das Frankenland. Auch der Verein Badische Heimat hat sich dieses Jahr ebenfalls bereit erklärt, mit dem Verkehrsverein und den einschlägigen landwirtschaftlichen Vereinen in der Durchführung des alemannisch-pfälzisch-fränkischen Sonntags zusammenzugehen.

Der beschleunigte Personenzug 1463 Konstanz ab 12.56, Offenburg an 5.40 nachm. wird mit sofortiger Wirkung auf seiner ganzen Laufstrecke für Inhaber von Wochenkarteninhaber 4. Klasse ausgeschlossen.

Landwirtschaftsausstellung Karlsruhe. Auf vielseitigen Wunsch wird die Ausstellungszeit für die große Landesausstellung für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düng- und Pflanzenschutzmittel verlängert; die Ausstellung wird vom 20.—29. September d. J. dauern.

Stadt. Konzerthaus. Heute Donnerstag und morgen Freitag finden die zwei letzten Wiederholungen des erfolgreichen Operettenschwanks „Familie Raffle“ statt. Samstag ist die Erstaufführung der Operetteneinheit „Die schöne Wäldin“ von Hans E. Linec. Der Direktion ist es gelungen, für die Partie des „Egon“ den durch seine zweijährige hiesige Tätigkeit bestens bekannten und beliebten Operettensänger Kurt Schütt für einige Gastspiele zu gewinnen. Kurt Schütt hatte in dieser Partie, die er voriges Jahr in Berlin am Theater am Kollndorfsplatz spielte (Direktion Loebell) großen Erfolg.

### Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Mannheim, 16. Juli. Nach monatelanger Dauer ist das Hochwasser des Neckars nun geschwunden und der Neckar bewegt sich jetzt wieder in seinem Flußbett. Damit entwickelt sich wieder das in den letzten Jahren eingebürgerte Strahlenleben an den beiden Ufern des Neckars. Für die Neckarschiffahrt wären die Verhältnisse also ganz außerordentlich günstig gewesen, aber sie leidet ebenso, wie die anderen Handels- und Industriezweige, unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Nur selten sieht man Schlepplüge und einzelne Rähne den Neckar berg- oder talwärts fahren.

DZ. Bruchsal, 16. Juli. Der Schulinspektor, Landtagsabgeordneter Wiedemann, trat am Montag abend bei einer Besichtigung in der Salzgasse auf einen weggefahrenen Kirchenstein und riefste so unglücklich aus, daß er sich bei dem Fall eines dreifachen Kniescheitensplitterung zugezog. Auf Anraten des Arztes erfolgte gestern die Überführung des Verletzten nach Karlsruhe. Der Vorfall gibt Veranlassung, vor dem nächsten Wegewerfen der Kirchenferne zu warnen.

Freiburg, 16. Juli. Ein fachwissenschaftlicher Vortrag für die Polizeibeamten im Einzeldienst fand wieder am Montag, den 14. d. M. im Konrathsaal statt und zwar durch den Oberamtmann Müller über die Reichsreformordnung, an dem außer der hiesigen Gendamerie zum erstenmal auch sämtliche Gendameriebeamten des Bezirks Freiburg teilgenommen haben. Anschließend an den Aufklärungstag, der aus der Fülle seiner Bestimmungen die der Polizei zufallenden Aufgaben klar und anregend vor Augen führte, fand auf dem Münsterplatz eine Vorführung von Geschwindigkeiten auf Kraftfahrzeugen und Autos statt. Es waren vom Motorradklub hier in dankenswerter Weise 5 verschiedene Maschinen und ein Auto zur Verfügung gestellt worden, die in allen Geschwindigkeiten mit und ohne Auspuffklappen gefahren wurden. Die äußerst lehrreiche Veranstaltung lockte eine große Zuschauermenge an.

Offenburg, 15. Juli. Ganz unerwartet ist gestern in Freiburg im Alter von 47 Jahren Rechtsanwalt Dr. Hermann Krieg, der Präsident des badischen Sängerbundes, gestorben. Rechtsanwalt Dr. Krieg war über seine Heimatstadt Offenburg hinaus eine bekannte und hochangesehene Persönlichkeit. Nach Beerdigung seiner juristischen Studien hatte er sich hier, in seiner Geburtsstadt, als Rechtsanwalt niedergelassen. Auch politisch trat der Verstorbene hervor. Vor der Revolution stand er in der jungliberalen Bewegung, trat dann der Deutschdemokratischen Partei bei, deren Ortsleitung ihm übertragen wurde, gehörte längere Zeit dem Bürgerausschuß an, dessen Obmann er war. In der Zeit, in der die Franzosen die Bürgermeister der Stadt Offenburg verhaftet, bezug. vertrieben hatten, bearbeitete Dr. Krieg einen großen Teil der städtischen Rechtsfragen.

DZ. Neustadt, 17. Juli. Gestern abend ging über die hiesige Gegend ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und Hagelschlag nieder. Die Bäche und Flüsse traten stark über die Ufer und überschwemmten weite Anbauflächen. Das, was nicht von den Fluten überschwemmt ist, wurde vom Hagel zerstört. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist an eine Ernte gar nicht zu denken. Der Schaden ist unüberschaubar und die Verwüstungen durch das Gewitter geradezu trostlos.

DZ. Lahr, 17. Juli. Gestern abend kurz nach 6 Uhr wurden Stadt und Bezirk von einem schweren Unwetter heimgesucht. Gewaltige Wassermassen stürzten nieder, vermengt mit Hagel, der bedeutenden Schaden anrichtete. In verschiedenen Stadtteilen drang das Wasser in die Keller. Auf dem Langenbach wurden zahlreiche Dächer abgedeckt und Gebäudewände eingestürzt. Viele Bäume wurden enturzelt. Der Schaden in Reich und Tal ist groß, ebenso auch in der Stadt Lahr, wo besonders der Stadtpark schwer mitgenommen wurde.

DZ. Konstanz, 15. Juli. Hier wird zurzeit die Kapelle des Saffinger Klosters restauriert. Unter dem fünfsachen Verputz entdeckte man nun noch gut erhaltene wunderbare Fresken, die nach sachverständigem Urteil aus dem 13. Jahrhundert stammen und in ihrer Echtheit an die Wandmalereien im Speisesaal des hiesigen Anselmhotels (ehemaliges Dominikanerkloster) erinnern. Die Fresken werden sorgfältig bloßgelegt.

Kein Laden! Niedrige Preise  
★ Teppich-Huber ★  
Gardinen Cocos  
Karlsruhe, Kaiserstraße 235 (Nähe Hirschstr.)

### Verschiedenes

**Der Massenmörder Gaarmann**  
Wie die Berliner Blätter aus Hannover melden, hat der Massenmörder Gaarmann nunmehr 12 Morde eingestanden. In den letzten Aussagen hat Gaarmann den Mithelfer Grans schwer belastet, gegen den auch anderes Beweismaterial vorliegt, so daß seine Mithäterschaft an den Verbrechen nicht mehr in Zweifel zu ziehen ist. Nach ärztlichen Gutachten stammen die bei der Abschlachtung der Leiche gefundenen Knochen von 24 Menschen. Es können sich jedoch darunter auch die Körperreste von Verunglückten und Selbstmördern befinden. Auf Grund der bisherigen Unterlagen kann jedoch mit Sicherheit gesagt werden, daß es sich um mindestens 20 Opfer handelt.

### Handel und Wirtschaft

**Die Großhandelsindex.** Die auf den Stichtag vom 15. Juli berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes gegenüber dem Stichtag vom 8. Juli (112,0) im wesentlichen unter dem Einfluß der höheren Getreidepreise auf 117,3 oder um 4,7 v. H. angezogen. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit Lebensmittel von 96,5 auf 104,7 oder um 8,5 Proz., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 82,2 auf 94,2 oder um 14,6 Proz. Industriestoffe sind dagegen mit 140,8 (Vorwoche 141,0) nahezu unverändert geblieben, ebenso die Gruppe Kohlen und Eisen mit 133,9 (134,0). Inlandswaren erhöhten sich von 102,1 auf 109,1 oder um 6,9 Proz., während Einfuhrwaren von 161,3 auf 163,1 oder um 2 Proz. nachgaben.

### Staatsanzeiger

**Bekanntmachung**  
**Konsularische Vertretung Ägyptens**  
Abd el Wahab Dawood Effendi ist zum ägyptischen Vizekonsul in Hamburg ernannt worden. Zu seinem Amtsbezirk gehört auch Baden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.  
Karlsruhe, den 14. Juli 1924.  
Badisches Staatsministerium  
Köhler

**Handelsverlaufs.**  
Nr. 63 181. Norm. VII.  
An die Bezirksämter  
Durch die Reichsverordnung vom 26. Juni 1924 über die Aufhebung von Vorschriften der Verordnung über Handelsbeschränkungen und der Verordnung über Zucker (RGBl. S. 661) sind die Bestimmungen aufgehoben worden, nach denen eine besondere Erlaubnis erforderlich war zum Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln, Kartoffeln, Arzneimitteln und mit Zucker, sowie für den Einkauf von Kartoffeln in eigener Person und unmittelbar beim Erzeuger.

Eine Handelsverlaufs ist hiernach nur noch erforderlich nach folgenden Bestimmungen:

1. Reichsverordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 13. Juli 1923 (RGBl. S. 715).
  2. Reichsgesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen, sowie mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen vom 11. Juni 1923 (RGBl. S. 366/369).
- Außerdem besteht nach § 2 der Reichsmilchverordnung vom 6. Juni 1924 (RGBl. S. 643) die Möglichkeit, daß einzelne Gemeinden den Handel mit Vollmilch, Magermilch und Sahne von einer besonderen Erlaubnis abhängig machen.  
Soweit Schwierigkeiten hinsichtlich der Kosten entstehen, wird auf den Runderlaß vom 17. Juni 1924 Nr. 54 561, Kostenmäßigkeit betreffend, verwiesen.  
Karlsruhe, den 15. Juli 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

**Die Disziplinarkammer der Apotheker.**  
Gemäß § 62 Absatz 2 in Verbindung mit § 61 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906, die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals, wird hiermit nach Anhörung der Badischen Apothekerkammer, Oberregierungsrat Siebinger im Ministerium des Innern zum Vorsitzenden, und Oberregierungsrat Pfisterer im Ministerium des Innern zum stellvertretenden Vorsitzenden der Disziplinarkammer der Apotheker ernannt.  
Karlsruhe, den 14. Juli 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

**Bekanntmachung**  
Der zwischen der abgeordneten Gemarkung Seehof und der Gemeinde Bindischbuch, Amtsbezirk Tauberbischofsheim, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung mit der Gemeinde Bindischbuch mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.  
Karlsruhe, den 14. Juli 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

**Ärztliche Anweisung**  
Stadtschularzt Dr. med. Werner Eisenlohr in Mannheim, Oberarzt Dr. med. Gustav Mayer in Pforzheim, Assistenzarzt Dr. med. Hans Roth in Karlsruhe und Assistenzarzt Dr. med. Ludwig Schmidt in Freiburg haben sich der in den Verordnungen vom 19. August 1896 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 241) und vom 29. Juli 1913 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 477) vorgeschriebenen Prüfung für Staatsärzte unterzogen und sind für bestanden erklärt worden.  
Karlsruhe, den 12. Juli 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

### Anordnung

über das Inkrafttreten von Bestimmungen der Verordnung über die Bezirkseinteilung der Vermessungsämter vom 30. Juni 1924 (Ges. und VBl. S. 163).

(Vom 16. Juli 1924).  
Auf Grund des § 3 der Verordnung des Staatsministeriums vom 30. Juni 1924 über die Bezirkseinteilung der Vermessungsämter (Ges. und VBl. S. 163) bestimme ich:  
Die in §§ 1 und 2 der angeführten Verordnung vorgezeichneten Änderungen treten hinsichtlich der Vermessungsämter Pforzheim, Mosbach, Heidelberg, Sinsheim, Bruchsal, Karlsbad, Rastatt, Bühl, Kehl, Offenburg, Wolfach, Kenzingen, Donaueschingen, Müllheim, Bommersheim, Schopfheim, Waldshut, Rheinfelden, Radolfzell, Adelsheim, Eberbach, Wiesloch, Eppingen, Bretten, Durlach, Ettlingen, Gernsbach, Achern, Triebert, Emmendingen, Staufen, St. Blasien, Säckingen, Willingen, Stollach, Engen und Konstanz erst mit dem Zeitpunkt in Kraft, den ich durch Bekanntgabe im Staatsanzeiger bestimme.  
Diese Anordnung tritt mit dem 1. Juli 1924 in Kraft.  
Karlsruhe, den 16. Juli 1924.  
Der Badische Arbeitsminister  
Engler

**Falschfälsche von Eisenbahnnotgeld**  
An wertbeständigem Eisenbahnnotgeld sind hauptsächlich folgende Fälschungen festgestellt:

1/2 Dollarnoten: Nur Papierfarbe und Format gleichen echten Scheinen, sonst ist Fälschung offensichtlich. Besonders weicht der Aufdruck von der zu echten Scheinen verwendeten Schrift ab, Kontrollstempel ist teils gedruckt, teils mit roter Tinte gezeichnet; gedruckt ist die Umrandung und der sehr schlecht gezeichnete Adler. Teils fehlt Wasserzeichen, teils sind Falschlinien, teils zusammengeklebte getrimmte Linien im Muster vorhanden.

1 Dollarnoten: Papier rötlich, ohne Wasserzeichen.  
2 Dollarnoten: Die eine Fälschung trägt kein Wasserzeichen. Mangelhafter Druck, fleckige Schrift, mangelhafter Kontrollstempel, Adler kann zu erkennen, Umrandung unleserlich. Bei einer anderen Fälschung besitzt die Nummer anderen Schnitt als bei echten Scheinen und ist mit grüner statt oliv-grüner Farbe gedruckt; sonst ist Fälschung kaum zu erkennen. Dagegen ist eine dritte Fälschung dieser Note dadurch leicht zu erkennen, daß in dem Worte „Gedekt“ das „e“ vor dem „d“ fehlt und in der Unterschrift „Dezer“ das „s“ mit dem nachfolgenden „t“ verbunden ist.

5 Dollarnoten: Das „h“ im Wort „deutsche“ ist verkrümmt und liegt sich wie „ch“; die Buchstaben „en“ in den Worten „Deutschen Reichs“ in der Schriftzeile unter dem Verkaufsdruk sind auffällig klein; hinter der Jahreszahl „1923“ fehlt der Punkt; der Kontrollstempel ist nur schwach erkennbar.

# Badische Bank, Mannheim.

Aktiva.		Netto-Bilanz am 31. Dezember 1923.		Passiva.	
<b>Rassenbestand:</b>				<b>Grundkapital:</b>	
a) Kurzfähiges deutsches geprägtes Geld	3 010 000.—			Stück 30000 Stamm-Aktien zu M. 300.—	9 000 000.—
b) Reichs- und Darlehenskassenscheine	92 751 928 784 100.—			„ 10 000 „ „ 1500.—	15 000 000.—
c) Eigene Banknoten	35 086 061 259 444 800.—			„ 600 Vorzugs-Aktien „ 1500.—	9 000 000.—
d) Reichsbanknoten	—	35 178 813 191 238 900.—		<b>Reservefonds I.</b>	24 900 000.—
e) Noten anderer Banken	—	4 709 152 650 000 000 000.—		<b>Reservefonds II (Metall-Reservefonds, gemäß Reichsgesetz vom 13. Juli 1921)</b>	6 225 000.—
<b>Wechselbestand abzüglich Rücklagen</b>		344 373 020 000 000 000.—		<b>Reservefonds III (freier Reservefonds)</b>	34 000 000.—
<b>Kontokorrent-Guthaben:</b>		174 023 373 443 459 226.—		<b>Beifredere-Konto</b>	299 775 000.—
Eigene Wertpapiere		8 225 587 728 175 160 431.11		<b>Gesamtbetrag der in den Betrieb gegebenen Banknoten</b>	10 047 193 986 825 500.—
Inkasso, Giro- und sonstige Guthaben		—		<b>Guthaben der Giro- und Kontokorrent-Gläubiger</b>	7 247 575 851 388 521 832.—
<b>Grundstücke:</b>		380 000.—		<b>Darlehen der Deutschen Rentenbank</b>	6 000 000 000 000 000 000.—
Bankgebäude in Mannheim und Karlsruhe		—		<b>Beitrag der zu entrichtenden Notensteuer</b>	5 700 000 000 000.—
		13 488 315 584 810 238 557.11		<b>Unerhobene Dividenden</b>	1 182 123.—
				<b>Gewinn- und Verlust-Rechnung:</b>	
				Reingewinn für 1923	230 686 839 057 809 102.11
				Vortrag aus dem Jahre 1922	1 000 000.—
				Verbindlichkeiten aus weiterbegebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln	37 550 000 000.—
					13 488 315 584 810 238 557.11

Soll.		Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1923.		Haben.	
<b>Steuern</b>				<b>Vortrag aus dem Jahre 1922</b>	1 000 000.—
Persönliche Einkommensteuern	28 461 757 636 329 303.10			Zinsen aus diskontierten Wechseln	194 991 672 899 667 220.11
Allgemeine Einkommensteuern	48 141 675 265 673 226.35			Zinsen aus beliebigen Wertpapieren und Wechseln	69 728.35
Zinsen im Scheinverkehr	44 240 755 336 801 636.38			Zinsen aus Guthaben, Depotgebühren und sonstige Erträge	574 739 045 340 038 784.72
Banknoten-Steuer	392 501 626 790 278 521.53			Ertrag aus eigenen Effekten	27 161 862 641 899 094.95
Banknoten-Anfertigung	5 700 000 000 000.—				
Beamtenunterstützung und Wohlfahrtszwecke	1 744 603 533 491 232.—				
Reingewinn für 1923	1 109 623 567 291 754.66				
Vortrag aus dem Jahre 1922	230 686 839 057 809 102.11				
	1 000 000.—				
	230 686 839 058 809 102.11				
	746 592 581 188 674 826.13				

### Der Vorstand der Badischen Bank.

Präsident: **W. B. Braun**, Mannheim.  
Vizepräsident: **W. B. Braun**, Mannheim.  
Vorstand: **W. B. Braun**, Mannheim.  
Vorstand: **W. B. Braun**, Mannheim.

**Die Bekämpfung der Maul- u. Klauenseuche betr.**  
Nachdem im Viehbestand des Rathias Weber in Daxlanden, Federbachstr. 43, die Maul- u. Klauenseuche ausgebrochen ist, wird dieses Gehöft als Sperrbezirk erklärt. Der Stadteil Daxlanden bildet Beobachtungsgebiet.

In den Umkreis von 15 km vom Seudenort Daxlanden entfernt (§ 168 der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz) fallen folgende Gemeinden. Die Stadt Karlsruhe mit sämtlichen Vororten, Durlach, Anielingen, Rinkenheim, Teutschneureut, Welschneureut, Eggenstein, Leopoldshafen, Blanckenloch, Wädig, Gagelsfeld, Gröbigen, Verghausen, Wolfartsweier, Stupferich, Hohenwetttersbach, Grünwetttersbach, Palmbach, Scheibhardt, Forchheim, die in den 15 km Umkreis fallenden Gemeinden der Amtsbezirke Ettlingen und Gernersheim.  
Für den Sperrbezirk werden die Bestimmungen der §§ 161—164 der Ausführ.-Verordn. z. Reichsviehseuchengesetz, für das Beobachtungsgebiet die der §§ 165—167 a. a. O. und für den 15 km Umkreis die Bestimmungen des § 168 a. a. O. sofort in Wirksamkeit gesetzt.  
Karlsruhe, den 16. Juli 1924.  
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion C.

### Stadtkassenbuchhalter

in Anstufstellung bei hoher Vergütung sofort gesucht. Angebote unter D 464 an die Exp. d. Karlsruh. Zeitung erbeten.

### Bericht. Bekanntmachungen

**Wegbau-Vergebung.**  
Das Forstamt Staufen II vergibt den Bau eines 2420 m langen, 5 1/2 m (einschl. Bankett und Graben) breiten, gestützten und beschotterten Vollzahnweges in Staatswald „Glashofwald“ in Obermünsterthal am Afford, Angebote, wozu die Bordrücke beim Forstamt erhältlich sind, wofür bis spätestens **Mittwoch, den 23. Juli 1924, ds. 3h.** daselbst einzureichen sind.

im Zimmer Nr. 5 zur Einsicht, dort auch Angebotsvordrucke. Angebote mit Aufschrift, verschlossen, postfrei, bis längstens Samstag, den 26. ds. Mts., 10 Uhr vormittags, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. **220** Waldshut, 15. Juli 1924.  
**Bahnbaupolizei.**  
Anfrichterenernung (10035 qm) der Landstraßenüberführung über den Verschubbahnhof in Weil-Neopolds- höhe Km. 267,78 mit Entlosten zu vergeben nach den vorläufigen Bedingungen, vordruckten vom 1. Juni 1924 nebst Zuschlagsbestimmungen. Bedingungenhefte und Angebotsvordrucke liegen bei der Bahnbaupolizei in Basel und der Bahn-

meisterei Weil-Neopolds- höhe auf. Angebote längstens bis zum Eröffnungstermin **Donnerstag, den 21. Juli 1924, vormittags 11 Uhr**, bei der Bahnbaupolizei in Basel portofrei, verschlossen mit entsprechender Aufschrift einzuwenden. Zuschlagsfrist 14 Tage. **218.2.1** Basel, 15. Juli 1924.  
**Bahnbaupolizei.**  
Entwässerungsarbeiten.  
Herstellung zweier Entwässerungsanlagen nach den vorläufigen Bedingungen, vordruckten der Reichsbahndirektion Karlsruhe vom 1. Juni 1924 zu vergeben:  
a) Entwässerung der Dienst- und Dienstwohngebäude im Sammelbahnhof Mannheim: 630 lfd. m Rohrleitung, 9 Einleit-